

Am IPPNW-Friedenskurs festhalten

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine zerstört das Leben vieler Menschen und bringt ihnen Leid, Zerstörung und Tod. Täglich sterben unzählige Menschen, der Blutzoll geht bereits in die Hunderttausende. Millionen Menschen sind aus der Ukraine vertrieben worden. Für viele werden die körperlichen und psychischen Folgen des Krieges noch lange nachwirken, wenn die eigentlichen Kampfhandlungen längst beendet sind. Hass und Gewalt machen ein friedliches Zusammenleben zwischen Nachbar*innen zukünftig immer schwerer.

Der Krieg in der Ukraine ist mit seinem atomaren Eskalationspotential für uns alle die größte friedenspolitische Herausforderung seit Jahrzehnten. Unser Streben bleibt richtig: Es ist wichtig, dass wir unsere humanitäre Perspektive in die politische Debatte einbringen, damit sich diplomatische Lösungen für Waffenstillstand und Frieden in der Ukraine durchsetzen. Dies gilt auch jetzt, wo sich noch keine Kompromisslösungen für die Beendigung des Krieges abzeichnen. Als IPPNW müssen wir jenseits des aktuellen Kriegsgeschehens konkrete und machbare Schritte zu atomarer und konventioneller Abrüstung entwickeln und eine Debatte um kollektive Sicherheit einfordern. Mit unserer humanitären Expertise aus jahrzehntelanger globaler Friedensarbeit über politische und ideologische Grenzen hinweg - von lokalen Aktivitäten bis hin zur UN - kommt uns dabei eine besondere Rolle zu.

Als Ärztinnen und Ärzte lehnen wir es ab, Krieg als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele zu akzeptieren. Aus humanitären Gründen, unabhängig von der Schuldfrage, müssen wir zu einem Ende der Kriegshandlungen kommen.

Als IPPNW stellen wir fest:

- Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist nicht zu rechtfertigen. Damit kommt Präsident Putin die zentrale Verantwortung zu, die Kriegshandlungen einzustellen und den Krieg zu beenden.
- Davon unabhängig muss bearbeitet werden, wo in der internationalen Staatengemeinschaft Fehler gemacht wurden, die den Kriegsbeginn begünstigt haben.

Wir kritisieren die Verengung der Diskussion auf die Frage der Sanktionen und Waffenlieferungen und fordern von allen Seiten die Unterlassung sämtlicher Maßnahmen, die zu einer weiteren Eskalation des Krieges führen. Die Lieferung von Waffen erschwert den Eintritt in diplomatische Verhandlungen, verlängert das Leid der Betroffenen und erhöht die Gefahr einer nuklearen Eskalation. Die IPPNW spricht sich gegen die beschlossene Lieferung von Kampfpanzern und Kampffjets aus. Diese Waffenlieferungen verschieben erneut die „roten Linien“. Zu glauben, dass immer mehr Waffen den Krieg beenden können, ist aus unserer Sicht eine Illusion. Deswegen halten wir an der Devise fest: Mehr Diplomatie statt mehr Waffen.

Mit der „Zeitenwende“-Rede kündigte Olaf Scholz eine massive Aufrüstung auch in Deutschland an. Die 100 Milliarden Euro sogenanntes „Sondervermögen“ für die Bundeswehr, das Bekenntnis zum 2% Ziel der NATO und die stetigen steigenden regulären Verteidigungsausgaben kritisieren wir. Sie tragen nicht zur Sicherheit der Menschen in Deutschland und Europa bei und ziehen finanzielle, materielle und intellektuelle Ressourcen ab, die wir für zivile Konfliktarbeit, Klimagerechtigkeit und die Stärkung der Gesundheitssysteme dringend benötigen. Der Krieg wirkt sich schon jetzt verheerend auf die Umwelt aus. Er führt zum Verbrauch riesiger Mengen fossiler Brennstoffe, zerstört Lebensräume, verursacht Waldbrände und verseucht Wasser und Boden mit giftigen

Substanzen. Je länger der Krieg dauert, desto gravierender werden die Umweltfolgen sein.

Für die IPPNW ist die Einhaltung der planetaren Grenzen des Erdsystems von großer Bedeutung. Sie bilden den sicheren und gerechten Handlungsspielraum, in dem Gesundheit und Wohlergehen für heutige und zukünftige Generationen sichergestellt werden und die Bewohnbarkeit der Erde erhalten bleibt. Nationale und globale Abrüstungsziele in der deutschen Sicherheitspolitik müssen daher Teil der deutschen Klimapolitik sein.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die Friedensbewegung und uns als IPPNW in ein Dilemma gebracht. Was wollen wir höher bewerten? Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, für das wir Ärztinnen und Ärzte jeden Tag im Berufsalltag eintreten? Oder das Recht der ukrainischen Bevölkerung und des Staates auf Selbstverteidigung gegen den russischen Angriffskrieg und ihr Recht auf eigene Identität und Unabhängigkeit?

Unsere Solidarität und Empathie gehört den Menschen, die unter dem russischen Überfall Angriffskrieg leiden: insbesondere der Bevölkerung in der Ukraine, den Kindern, Frauen, alten oder kranken Menschen in zerbombten Städten und auf der Flucht, den zwangsrekrutierten Soldaten auf beiden Seiten.

Wir sind bestürzt über den gesellschaftlichen Umbau Russlands hin zu einer Autokratie und erklären uns solidarisch mit Menschen, die sich für eine freie Gesellschaft in Russland, Belarus und anderen Ländern der Region einsetzen. Wir solidarisieren uns zudem mit Menschen aller Kriegsparteien, die sich nicht zum Kriegsdienst zwingen lassen wollen. Alle politischen Gefangenen in Russland und Belarus und der Ukraine müssen frei gelassen werden.

Wir Europäer*innen stehen trotz der Erfahrung von zwei verheerenden Weltkriegen vor der Frage, warum es nach dem fast gewaltfreien Ende des Kalten Krieges und der friedlichen Auflösung des Warschauer Paktes nicht gelungen ist, eine gesamteuropäische Friedensordnung zu schaffen, wie sie 1990 in der Charta von Paris festgehalten wurde. Mit diesem Versäumnis hat letztendlich auch die Kriegsprävention versagt. Deshalb ist es unabdingbar, uns damit zu befassen, welche Entwicklungen dabei eine Rolle gespielt haben und inwiefern die NATO-Osterweiterung zu der heutigen Situation beigetragen hat.

Die IPPNW als internationale Friedensorganisation selbst ist Beispiel dafür, dass über Grenzen hinweg Kooperation möglich ist. Kultureller und beruflicher Austausch und Handel sind Teil gesellschaftlicher Friedensarbeit. Wir fordern alle Beteiligten zum Frieden auf.

Als IPPNW stellen wir fest:

- Der Krieg in der Ukraine erschwert, eine neue friedliche Ordnung in Europa zu schaffen. Die Chance, die nach der Charta von Paris bestand, wurde nicht genutzt. Alte Feindbilder werden momentan auf allen Seiten wiederbelebt.
- Mit dem 100 Milliarden Euro „Sondervermögen“ für die Bundeswehr, der Erhöhung des Militärhaushaltes auf 2% des Bruttoinlandsprodukts und den Waffenlieferungen an die Ukraine findet in Deutschland und Europa eine seit dem 2. Weltkrieg einzigartige Aufrüstung statt.
- Steigende Nahrungsmittel- und Energiepreise, sowie Düngemittelknappheit, Energiearmut und steigende Inflation sind die Folgen von Aufrüstung und Krieg. Unter dem Krieg Russlands gegen die Ukraine leiden besonders Menschen im globalen Süden, aber auch die

- Zivilbevölkerung im globalen Norden.
- Die enorme Ressourcenverschwendung durch Krieg und Militär und eine Politik der Konfrontation anstatt der Kooperation konterkariert alle Bemühungen zur Lösung der weltweiten Klimakrise.
 - Wichtige internationalen Abrüstungsverträge wie der ABM-Raketenabwehrvertrag oder der Verbotsvertrag für atomare Mittelstreckenraketen in Europa (INF), wurden durch die USA gekündigt.
 - Vielen internationalen Institutionen, wie dem Internationalen Strafgerichtshof (ISGH), die globale Bedeutung haben müssen, wurden nicht nur von Russland und China, sondern auch von den USA die Anerkennung verweigert. Auch die Ukraine hat das Statut des ISGH noch nicht ratifiziert. Dadurch liefern diese Staaten eine einfache Begründung für andere Regierungen, sich ebenfalls nicht an internationale Abkommen und Strafverfolgung zu beteiligen.
 - Die atomare Bedrohung ist so groß wie nie. In Deutschland und weltweit wird wieder atomar aufgerüstet. Die Kündigung aller wichtigen Abrüstungsverträge hat zu einem Klima des Misstrauens geführt. Zusätzlich erhöht die Entwicklung künstlicher Intelligenz in Waffensystemen mit immer kürzeren Vorwarnzeiten das Risiko eines Atomkrieges aus Versehen.

Wir fordern als IPPNW:

- Alle Atomwaffenstaaten müssen sich vertraglich verbindlich verpflichten, auf einen Erst-Einsatz von Atomwaffen zu verzichten.
- Alle Atomwaffen in allen Atomwaffenstaaten müssen aus der höchsten Alarmbereitschaft genommen werden.
- Alle Atomwaffenstaaten, insbesondere die USA und Russland, müssen umgehend in Verhandlungen eintreten, die bestehenden völkerrechtlichen Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag zur weltweiten Abschaffung aller Atomwaffen überprüfbar und innerhalb eines festen Zeitplans rechtlich verbindlich zu regeln (insbesondere die Abrüstungsverpflichtung gemäß Art. VI).
- Die Bundesrepublik Deutschland als Nicht-Atomwaffenstaat muss die nukleare Teilhabe beenden und dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.
- Wir fordern die partnerschaftliche Einbindung von Ländern und Menschen, um international zuverlässige und gleichberechtigte Sicherheitsstrukturen zu schaffen. Internationale Institutionen wie die OSZE und die Vereinten Nationen müssen reformiert und gestärkt werden. Die NATO als Organisation ist für ein integratives Sicherheitssystem ungeeignet, da sie eine Interessengemeinschaft ihrer Mitglieder ist und eben keine Institution kollektiver Sicherheit.
- Wir fordern den Stopp des Einsatzes von Uranmunition wegen der toxischen und radiologischen Auswirkungen. Geächtete Streumunition darf nicht verwendet werden.
- Die Bestimmungen der Genfer Konvention müssen von allen Kriegsparteien vollständig eingehalten werden und die völkerrechtswidrigen Bombardierungen ziviler Ziele sofort eingestellt werden.
- Wir fordern ein umgehendes Ende der Kampfhandlungen und ein Waffenstillstandsabkommen, um die Voraussetzungen für eine diplomatische Lösung der Krise unter internationaler Vermittlung und Kontrolle zu schaffen. Die Inhalte der Vereinbarungen müssen unter Einbeziehung der unmittelbaren Kriegsparteien und unter Beachtung internationalen Rechts verhandelt werden.
- Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus der Ukraine und Russland müssen in

Deutschland und der Europäischen Union Schutz und Asyl erhalten. Alle Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine müssen unabhängig von ihrer Nationalität in Deutschland und der EU einen vorübergehenden Schutzstatus erhalten.

- Als IPPNW fordern wir eine Abkehr von der beschlossenen Aufrüstung. Stattdessen wollen wir, dass Rüstungsausgaben umgewidmet werden für Investitionen in Gesundheitssysteme, in den Klimaschutz und zur weltweiten Bekämpfung des Hungers.
- Wir fordern die konsequente Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Dazu gehört die Unterstützung der Länder des Globalen Südens beim Kampf gegen die Klimakrise, die der globale Norden wesentlich zu verantworten hat – einschließlich der Kompensation für verursachte Schäden. Weltweit muss der Zugang zu bezahlbarer Getreideversorgung gesichert bleiben.
- Wir fordern legale und sichere Fluchtwege nach Europa, den Zugang zum Recht auf Asyl sowie die Entkriminalisierung von Flucht und Fluchthilfe. Fluchtursachen können nur wirksam bekämpft werden, wenn wir die bestehende globale Ungleichheit überwinden. Der Umgang mit ukrainischen Geflüchteten zeigt, dass eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik möglich ist.

Unsere zentrale Aufgabe als Organisation im Gesundheitsbereich ist, über die globalen Folgen von Atomwaffeneinsätzen aufzuklären. Diese Rolle wird gestärkt durch die Mitgliedschaft im wissenschaftlichen Beirat des Atomwaffenverbotsvertrag. Die Opfer des Atomzeitalters müssen eine Stimme bekommen, ihr Leid muss ins öffentliche Gedächtnis gebracht werden und Entschädigungsansprüche müssen geltend gemacht werden können.

Das Zeitfenster für eine grundlegende geopolitische Wende hin zu einer Welt mit kontrollierter Abrüstung und einer konzertierten globalen Aktion gegen den Klimawandel ist kurz. Wir müssen jetzt gemeinsam handeln.

Verabschiedet auf der IPPNW-Mitgliederversammlung am 10. Juni 2023